

„Bedingt handlungsfähig“

Auch einige Tage nach dem Aus der Jamaika-Gespräche sind die Nachwirkungen des politischen Bebens in der Hauptstadt zu spüren. Der Pforzheimer CDU-Abgeordnete Gunther Krichbaum mahnt die Bildung einer neuen, voll funktionsfähigen Regierung an.



Das große Ganze im Blick: Gunther Krichbaum – mit der Reichstagskuppel im Hintergrund – denkt in Sachen Regierungsbildung auch an die Auswirkungen für Europa.

FOTOS: SEIBEL

SEBASTIAN SEIBEL | BERLIN

Sicher, der Betrieb läuft erstmal weiter, und von einer Staatskrise kann keine Rede sein. Doch die derzeitige Führung in Berlin ist nur geschäftsführend im Amt, die Bildung der Neuen erstmal in die Ferne gerückt. „Europa, ja die ganze Welt braucht ein stabiles Deutschland“, sagt Gunther Krichbaum. Er sagt das ohne Pathos, allerdings mit der Leidenschaft eines Politikers. Doch klare Verhältnisse sehen anders aus und die derzeitige Regierung bezeichnet er auch nur als „bedingt handlungsfähig“. Die Schuldigen dafür stehen für den Unionspolitiker fest:

die FDP, die die Gespräche kurz vor einer angeblichen Einigung abgebrochen hat und die SPD, die eine Große Koalition bereits am Wahlabend ausgeschlossen hat. „Ein seltsames Staatsverständnis“ attestiert der Abgeordnete den Sozialdemokraten, „das ist geradezu antidemokratisch“. Dagegen habe die FDP immerhin Gespräche aufgenommen, aller-

dings, so vermutet Krichbaum, wohl von Anfang an mit angezogener Handbremse. „Lindner hat darauf gesetzt, dass CSU und Grüne sich nicht einigen können.“ Dann wäre die FDP fein heraus gewesen. Jetzt hat sie den Schwarzen Peter, so scheint es, und hat in der vergangenen Woche Stellungnahmen im Stundentakt abgegeben, um die Deutungshoheit zu behalten. Das hat

zeitweise etwas hektisch ange-
mutet, doch ersten Umfragen nach könnte sich das Manöver für die FDP auszahlen. Die Zustimmungswerte der Wähler stiegen bereits. Relevanz hätte dies freilich nur bei Neuwahlen.

Die neu gefasste Gesprächsbereitschaft der SPD wertet Krichbaum als Chance, eine Regierung unter Kanzlerin Angela Merkel zu bilden. Sollte es trotz aller Bemühungen zu Neuwahlen kommen, wäre das Land gelähmt, so der Unionspolitiker. Ein neu konstituierter Bundestag würde womöglich erst im Mai oder Juni seine Arbeit aufnehmen können. Also gilt es, die Alternativen zu sondieren. Eine Minderheitsregierung lehnt Krichbaum ab, ei-

„Europa, ja die ganze Welt braucht ein stabiles Deutschland.“

Gunther Krichbaum

gentlich, macht aber auch deutlich, dass ein solches Modell die letzte Option sein könnte: „Ausschließertis hilft uns nicht weiter.“ Und überhaupt, die Gesprächsbereitschaft der Union für eine Koalition mit der SPD bestehe weiter. Allmachtsfantasien einer in ihrer Position gestärkten SPD, die den Preis für eine Koalition in die Höhe treiben könnte,

erteilt er eine Absage: „Das wird nicht funktionieren!“ Man müsse selbstverständlich mit „Vernunft und Augenmaß“ in solche Gespräche gehen. Doch noch ist es ja gar nicht soweit.

Alles in allem ist die Lage also immer noch unbefriedigend. Aber, so Krichbaum: „Die Bürger haben ein Recht darauf, dass es hier weitergeht.“ Und Neuwahlen zu verhindern, ist er sicher, sollte auch im Interesse der SPD sein. Für Parteichef Martin Schulz werde es „immer enger“, so Krichbaum, und was die Partei als solche angeht, prognostiziert er im Falle eines erneuten Urngangs: „Jede Stimme für die SPD ist eine verschenkte Stimme.“



Gunther Krichbaum (CDU) über die Einstellung, mit der die Liberalen seiner Ansicht nach in die Jamaika-Sondierungen gingen

„Lindner hat darauf gesetzt, dass CSU und Grüne sich nicht einigen können.“

„Niemand sehnt Neuwahlen herbei“

Vom kategorischen Nein der SPD zu offener Gesprächsbereitschaft – Tage in Berlin, und mittendrin auch die Pforzheimer SPD-Abgeordnete Katja Mast

SEBASTIAN SEIBEL | BERLIN

Eines vorweg: Von hektischem Aktionismus hält die Politikerin nichts. „Die SPD ist klar aufgestellt“, sagt sie. Ohnehin seien die Sozialdemokraten derzeit Partner in einer stabilen Regierung. Und überhaupt: „Zuerst muss man sagen, dass die Jamaikaner das nicht hingekriegt haben.“ Außer der FDP, der sie von Anfang an kein ernsthaftes Interesse an einer solchen Koalition unterstellt, lastet sie dies vor allem auch Kanzlerin Angela Merkel (CDU) an.

Dass eine Neuwahl für die SPD nicht gut ausgehen könnte, scheint jedoch auch einigen Genossen inzwischen gedämmt zu haben. Wurde der Parteivorsitzende Martin Schulz für seinen Groko-Ausschluss am Wahlabend noch frenetisch bejubelt, scherten einige Genossen nach der erneuten Bekräftigung des Entschlusses am Montag aus.

Neuwahlen würden gerade für die SPD ein enormes Risiko bedeuten, und überhaupt, wie sollte



Die Rolle der SPD sieht Katja Mast – hier auf der Dachterrasse des Abgeordnetenhauses – eher in der Opposition.

FOTOS: SEIBEL

die Partei auch in den Wahlkampf gehen: Macht bitte euer Kreuzchen bei uns, aber regieren wollen

wir nicht? Eine angespannte Situation, die auch Katja Mast registriert: „Man kann sich dem nicht entziehen, weil die ganze Republik darüber diskutiert.“ Dass sie die eilige erneute Festlegung der Parteispitze noch vor dem Gespräch mit dem Bundespräsidenten nicht für glücklich hielt, lässt sie zumindest durchblicken. Hektische Wendungen und Manöver lehnt sie jedoch ab.

Als SPD müsse man grundsätzlich gesprächsbereit sein, sagt die Abgeordnete, und bestätigt damit die Ergebnisse aus der achtstündigen Sitzung der SPD-Führung am Donnerstag. Zuvor hatte Parteichef Martin Schulz mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier gesprochen.

Die anschließende Erklärung der Genossen könnte auch in Sondierungsgesprächen für die unge-

liebte Große Koalition münden. Für Katja Mast aber gibt es zunächst andere Prioritäten: „Ich glaube, man muss alle Optionen gut sondieren“, bekräftigt sie, und meint damit vor allem die verschiedenen Modelle einer Minderheitsregierung unter Führung der Union. „Unser Job ist eine verantwortungsvolle Oppositionsarbeit.“ Ist sie nach wie vor überzeugt. „Wir haben uns im Wahlkampf ja

nicht umsonst gegen die CDU positioniert.“ Der Partei, die so viele Federn gelassen hat, dürfte es schmeicheln, dass sie sich nun in der Rolle des Retters für eine stabile Regierung wiederfindet, mindestens aber das Zünglein an der Waage ist.

„Wir haben uns im Wahlkampf ja nicht umsonst gegen die CDU positioniert.“

Katja Mast wäre eine Minderheitsregierung lieber als eine erneute Koalition mit der Union

Doch das favorisierte Modell einer Minderheitsregierung ist in der Union, vorsichtig ausgedrückt, nicht sonderlich populär. Das wissen auch die Sozialdemokraten, und womöglich sind sie schon dabei, den Preis für eine Koalition in die Höhe zu treiben. Entscheidend auf dem Weg wird sicherlich der Bundesparteitag der SPD in zwei Wochen sein, aber auch eine Mitgliederbeteiligung hält Katja Mast für geboten. Und Neuwahlen hält sie weiterhin nicht für ausgeschlossen, aber: „Niemand sehnt sie herbei.“ Die Verantwortung dafür sieht sie vor allem bei der CDU: „Der Ball liegt im Spielfeld von Frau Merkel.“

„Man kann sich dem nicht entziehen, weil die ganze Republik darüber diskutiert.“

Katja Mast (SPD) über mögliche Koalitionsverhandlungen über eine erneute Koalition

